AKTUELLES AUS AUGSBURG, KÖNIGSBRUNN UND BERLIN

NEWSLETTER | NOVEMBER 2022

DEUTSCH-FRANZÖSICHE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Der Vorstand der Abgeordneten aus Frankreich und Deutschland trafen sich im Deutschen Bundestag zur gemeinsamen Sitzung. Trotz vieler Spannungen in den letzten Wochen, stehen unsere beiden Länder fest zusammen. Die Freundschaft ist heute wirklich spürbar. Wir plädieren gemeinsam für mehr Zusammenarbeit bei den Themen Verkehr, Verteidigung wie auch beim Bereich Sprachunterricht.

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG: 9. NOVEMBER

Die Novemberpogrome des Jahres 1938 haben in den Abgrund der Shoah, in die Ermordung von Millionen und in die Entmenschlichung verwiesen - mit all der Verantwortung von jenen, die mitgemacht oder auch nur weggeschaut haben. Wir müssen aber auch die Zeit vor dem 9. November 1938 vor Augen haben. Wie konnte es dazu kommen? Die Antworten sind: Es waren antisemitische Verschwörungserzählungen im Umlauf, Vorurteile und Verrohung in der Sprache, gesellschaftliche Ausgrenzung und Stigmatisierung. Es ist heute nicht wie damals; aber die Mechanismen funktionieren ähnlich. Deswegen müssen wir stets wachsam sein. Wir haben Verantwortung, zu erinnern. Die Verpflichtung besteht in der Aufklärung, aber auch in der Prävention. Für ein „Nie wieder!" einzutreten, ist eine unerlässliche Pflicht: mit dem Aufruf am 9. November, aber auch mit jedem Tag unseres politischen Handelns.

Die Rede hören Sie auf:
www.facebook.com/ullrich.volker/videos/695154778381730

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG: GEDENKEN AN HENRY BRANDT

Erinnerung endete nie. Der Rabbiner Henry Brandt warnte bereits im Jahr 2019 vor der wieder gekehrten Fratze des Antisemitismus. Er war aber auch überzeugt, dass das Gespräch, die Konfrontation mit Unterschieden und Geschichte die beste Waffe gegen Antisemitismus und Vorurteile stand. Brandt stand für einen Stil der Versöhnung. Vorbilder wie ihn brauchen wir im Kampf gegen Antisemitismus.
Denn es gibt keinen Zeitablauf für die Notwendigkeit des Gedenkens. Gerade weil uns Rabbiner Henry Brandt und immer Zeitzeugen schmerzlich fehlen, müssen wir die Erinnerung an die jüdischen Opfer des NS-Terrors als aufrichtige Mahnung bewahren.

Erinnern darf nie aufhören. Es war mir wichtig, die Lebensleistung des in diesem Jahr verstorbenen Ehrenbürgers der Stadt Augsburg zu würdigen und ihm durch eine Würdigung im Bundestag unseren Respekt zu zollen - am 9. November und somit dem 84. Jahrestag der Reichspogromnacht.

Die Rede hören Sie auf:
www.facebook.com/ullrich.volker/videos/1129846657902390

ERGEBNISSE DER AKTUELLEN SITZUNGSWOCHE IN BERLIN

Deutschlands strategische Souveränität stärken – für eine neue China-Strategie

Im Rahmen einer **Aktuellen Stunde** haben wir uns mit der deutschen China-Politik auseinandergesetzt. Der Zeitenwende des Bundeskanzlers fehlt der strategische Weitblick nach Asien: China wird in den kommenden Jahrzehnten ein politischer und ökonomischer Wettbewerber sein. Deutsche Interessen schützt man nicht durch Verkäufe kritischer Infrastruktur wie am Hamburger Hafen. Die Bundesregierung muss nun endlich eine China-Strategie vorlegen, die Realismus an die Stelle von Naivität setzt..

„Bürgergeld" – Regelsatzerhöhung zum 1. Januar jetzt beschließen, sozialpolitischen Systemwechsel verhindern

Das SGB II regelt die Hilfe für Arbeitslose in der Grundsicherung. Mit der Einführung des „Bürgergeldes" plant die Ampelkoalition eine umfassende Reform. Die Regelsätze müssen über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden, zudem wird u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht. Mit dem Bürgergeld-Gesetz geht die Ampel-Regierung einen nächsten Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir finden: Das Bürgergeldgesetz steht für verwalten, nicht für aktivieren. Es setzt die falschen Schwerpunkte. Das Prinzip des Förderns und Forderns hat sich hingegen bewährt. Denn nur mit der Aufnahme einer dauerhaften Erwerbstätigkeit kann Hilfebedürftigkeit nachhaltig beendet werden. Angesichts der Inflationsentwicklung müssen die Regelsätze aber dringend zum 1. Januar 2023 angehoben werden. Deshalb haben wir in dieser Sitzungswoche einen Antrag eingebracht, der das Inkrafttreten der Erhöhung zum 1. Januar 2023 gewährleisten soll.

Initiativen derCDU/CSU-Fraktion

Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors – Technologieoffenheit gewährleisten
Zehn Forderungen unser Anliegen: Technologieoffenheit und Förderung der Umstellung von fossilen Kraftstoffen hin zu nachhaltigen Kraftstoffen.

Endometriose – Endlich verstehen, behandeln, erforschen, begleiten
Erst in den vergangenen Jahren wurde deutlich, welches Ausmaß und welche Bedeutung die Krankheit Endometriose für das Leben von bis zu 15% aller Frauen in Deutschland hat. Auf Druck der Unionsfraktion hat die Koalition nunmehr 5 Millionen Euro jährlich im Haushaltsplan (Epl. 30) des

ERGEBNISSE DER AKTUELLEN SITZUNGSWOCHE IN BERLIN

Bundesministeriums für Bildung und Forschung für spezifische Forschung in diesem Bereich vorgesehen. Damit ist es jedoch nicht getan. Es braucht unverzüglich mehr Aufklärung, eine bessere Unterstützung der bereits vorhandenen Behandlungsstrukturen sowie die Möglichkeit, die Endometriose-Behandlung durch Fachärzte und Allgemeinmediziner auskömmlich abzurechnen. Darauf wollen wir mit unserem Antrag hinwirken.

Sechstes Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes
Der Gesetzesentwurf der Ampel soll das aktive Wahlalter für Wahlen zum Europäischen Parlament von 18 auf 16 Jahre absenken. Diesen Vorschlag lehnen wir ab. Denn es gilt: Rechte und Pflichten gehören zusammen. Es wäre ein Widerspruch, wenn sich junge Menschen erst mit 18 Jahren rechtlich verpflichten (z. B. verschulden) dürfen und erst ab diesem Zeitpunkt strafrechtlich voll zur Verantwortung gezogen werden können, zugleich aber unmittelbaren Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen können.

Antrag: Mehr Tempo bei digitaler Verwaltung – Onlinezugangsgesetz (OZG) fortführen, Nutzungslücken schließen, Rechtsanspruch einführen.
Die Bundesregierung soll zeitnah eine gesetzliche Nachfolgeregelung vorlegen, die die Fortsetzung des auslaufenden OZG sichert.
Sie soll einen rechtlichen, zeitlichen und finanziellen Rahmen für ein OZG 2.0 definieren. Nur so erhalten die Länder und Kommunen Planungssicherheit.

Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen – Sondertribunal einrichten
Seit den Nürnberger Tribunalen von 1946 ist sich die Völkerrechtswissenschaft einig: Angriffskrieg ist ein Verbrechen. Ein solches Verbrechen der Aggression wird den russischen Machthabern richtigerweise zur Last gelegt. Allerdings hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nur eingeschränkte Kompetenzen, um dieses Verbrechen zu ahnden. Wir fordern deshalb die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals als funktionale Erweiterung des IStGH, damit die russischen Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werden können.

Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes
Diesen unzureichenden Entwurf der Ampel lehnen wir ab:
Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass die Energiekrise noch bis mindestens 2024 andauern wird. Der Weiterbetrieb bis Mitte April 2023 wird nicht zu den Preisdämpfungseffekten führen, wie es bei einer Verlängerung bis Ende 2024 der Fall wäre. Somit werden die positiven Effekte eines erhöhten Stromangebots nicht genutzt. Die Bundesregierung untersagt ferner den Einsatz neuer Brennelemente und erklärt damit die Energiekrise im Strombereich ab dem 16. April 2023 für beendet.

Mit unserem Antrag **Geregeltes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten einführen** fordern wir die Bundesregierung auf, für die Zukunft ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten im Asylrecht einzuführen.

Sonstige Tagesordnungspunkte

Die Ampelkoalition beginnt endlich mit der Umsetzung des bereits lange versprochenen Pakets zur Dämpfung der Energiepreise.

Mit dem **Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz**, das wir unter dem Tagesordnungspunkt **ERP-Wirtschaftsplangesetz 2023** beraten, soll die Soforthilfe in Form der Abschlagszahlung für Dezember geregelt werden. Für Bezieher von leitungsgebundenem Erdgas und Wärme heißt das zunächst, dass im Dezember die Pflicht entfällt, vertraglich vereinbarte Voraus- oder Abschlagszahlungen zu leisten.

Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes (Wohngeld-Plus-Gesetz)
Die Berechnungsformel für das Wohngeld soll angepasst werden, so dass mehr Haushalte Wohngeld erhalten können. Darüber hinaus soll eine dauerhafte Heizkostenkomponente im Wohngeld verankert werden, um die höheren Energiepreise zu berücksichtigen.

Zweites Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes (Triage)
Mit dem Gesetz werden für die Zuteilungsentscheidung maßgebliche Kriterien und Verfahrensvorschriften geregelt. Wir sehen den Entwurf kritisch. Er bildet die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur unzureichend ab. So wird beispielsweise der Umgang mit Triagesituationen nur im Pandemiefall geregelt, weitere mögliche Ursachen (Naturkatastrophen etc.) werden nicht berücksichtigt. Zudem enthält der Entwurf zwar Vorgaben für eine Triage, Verstöße hiergegen sind jedoch nicht sanktionsbewehrt. Komplex der Ex-Post Triage wird im Gesetzentwurf verboten, der Bundesrat hingegen hat diese Ex-Post Triage in seiner Stellungnahme gefordert. Da im Vorfeld eine ausreichende Beteiligung der betroffenen Gruppen versäumt wurde, ist eine Unsicherheit für alle Beteiligten entstanden, die der Gesetzentwurf nicht aufzulösen vermag.

AKTUELLES VON VOLKER ULLRICH AUS DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG

100 Jahre Paneuropa!
Es ist 100 Jahre her, seit Richard Coudenhove-Kalergi aus Böhmen in den beiden wichtigsten liberalen Zeitungen des deutschen Sprachraumes, der Vossischen Zeitung in Berlin und der Neuen Freien Presse in Wien, seinen Aufruf "Paneuropa. Ein Vorschlag" veröffentlichte. Dies war der Ausgangspunkt für die Gründung der überparteilichen Paneuropa-Union als der ältesten Bewegung für einen europäischen Zusammenschluss und damit der europäischen Einigung von heute. Und eine ganz persönliche Freude: ich durfte meinen Freund Bernd Posselt treffen!

Jens Perlwitz, Präsident des Deutschen Kanu Verbandes & Hans-Peter Pleitner, Präsident TSV Schwaben Augsburg zu Gast im Sportausschuss des Bundestages.
Hat mich sehr gefreut, Euch getroffen zu haben! Die Kanuslalom-Weltmeisterschaften 2022 fanden vom 26. bis 31. Juli 2022 am Eiskanal in Augsburg statt. Teilgenommen haben knapp 400 Athleten aus 70 Nationen. Ein voller Erfolg!

„Band der Verbundenheit“ ist eine gemeinsame Initiative des Deutschen BundeswehrVerbandes und der OASE-Einsatzbetreuung
(ein Projekt der Katholischen und Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung), um unseren Soldatinnen und Soldaten, die das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familien verbringen können, Weihnachtsgrüße aus dem Deutschen Bundestag zukommen zu lassen.
Ihnen gilt unser besonderer Dank für ihren Einsatz.

250.000 EURO FÜR DIE HEILIG-KREUZ-KIRCHE IN AUGSBURG

Der Bund unterstützt die Restaurierung und Substanzerhaltung der evangelisch-lutherischen Heilig-Kreuz-Kirche in Augsburg mit einem Zuschuss von 250.000 Euro.

Dies wurde nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses bekannt. Die evangelisch-lutherische Heilig-Kreuz-Kirche ist für Augsburg von wichtiger Bedeutung.

Bereits seit dem 16. Jahrhundert haben hier evangelische Christen ihre religiöse Heimat. Neben Gottesdiensten finden regelmäßig auch Konzerte von Künstler aus aller Welt statt. Aus diesem Grund ist es essentiell, dass die Restaurierung und Substanzerhaltung der Kirche vom Bund unterstützt wird.

Bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wurden mehr als 480 Projektanträge mit einem Gesamtvolumen von rund 190 Millionen Euro eingereicht. Hiervon wurden 119 Projektanträge ausgewählt, die den Kriterien der Fördergrundsätze entsprechen. In Augsburg erfüllt die Heilig-Kreuz-Kirche, die auch „europäische Friedenskirche“ genannt wird, die Anforderungen. 250.000 Euro Fördermittel vom Bund fließen nun in die Restaurierung.

KULTURKREIS HAUNSTETTEN

Auf dem ehemaligen Schießplatz in Haunstetten wurden während des Zweiten Weltkriegs nachweislich über zwei Dutzend Angehörige der Wehrmacht und zwei Zwangsarbeiter aus Frankreich hingerichtet. An dieses NS-Unrecht und das Schicksal der Ermordeten erinnert seit heute eine Steele aus Stein sowie eine Informationstafel. Danke an den Kulturkreis Haunstetten für die maßgebliche Umsetzung. Durfte das Projekt selbst auch ein wenig unterstützen.

LECHHAUSER KIRCHWEIH 2022

Ein volles Festzelt auf der Lechhauser Kirchweih. Ein kluger Festredner Klaus Holetschek und eine tolle CSU Lechhausen mit Ruth Hntersberger, die alles organisiert hat! In Lechhausen wie in ganz Augsburg. Wir wollen Politik für die Menschen gestalten. Pragmatisch und mit Vernunft.

BESUCH IN RUMÄNIEN

Der Besuch bei den Siebenbürger Sachsen und den Banater Schwaben war mir immer eine Herzensangelegenheit. **Jetzt bin ich mit Kollegen nach Rumänien gefahren, um mich vor Ort in Bukarest, Kronstadt und Herrmannstadt über die Belange der deutschen Minderheit in Rumänien zu informieren.** Wichtige Themen sind die Förderung des Sprachunterrichts sowie der Erhalt von Kulturdenkmälern.
Hier dürfen die Mittel nicht gekürzt werden.

REDEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

21. Oktober 2022
Bewaffnete Konflikte und Kriege, wie in der Ukraine, sind eine Tragödie. Auch wenn sich der Internationale Strafgerichtshof mit diesen Verbrechen nicht direkt befassen kann, ist es wichtig, dass er die Ressourcen erhält, um sie aufzuklären. Denn die Gerechtigkeit muss auch in der Völkergemeinschaft zu ihrem Recht kommen.

Aus diesem Grund haben wir als CDU/CSU-Fraktion dem Antrag auf Erweiterung der anklagewürdigen Straftaten vor dem ICC zugestimmt.

Die Rede hören Sie auf:
www.facebook.com/ullrich.volker/videos/1138803073722848

14. Oktober 2022
Die Lage im Irak bleibt fragil. Er ist im Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat" noch nicht so stabil und gefestigt, dass auf den Einsatz und die Unterstützung der internationalen Koalition verzichtet werden kann. Das deutsche Engagement, auf Bitte und gemeinsam mit den Partnern in Irak, den NATO-Verbündeten und im Rahmen der internationalen Anti-IS Koalition, bleibt daher von großer Bedeutung.

Derzeit befinden sich 220 deutsche Soldatinnen und Soldaten im Irak im Einsatz. Ihnen gebührt unser besonderer Dank.

Für die Menschen im Irak bleibt an ein normales Leben nicht zu denken. Der IS ist vor allem im Untergrund durch Anschläge und Angriffe weiter aktiv. Der Irak selbst ist in dieser Situation noch nicht in der Lage, Stabilität und Sicherheit allein zu gewährleisten. Sollten wir in so einer instabilen Situation unserer Verantwortung durch einen Abzug unserer Bundeswehr nicht nachkommen, riskieren wir konkret ein Wiedererstarken des IS im Land.

Die Rede hören Sie auf:
www.facebook.com/ullrich.volker/videos/1114779669410768

ERGEBNISSE DER VORANGEGANGENEN SITZUNGSWOCHEN IN BERLIN

Kein Blankoscheck für die Ampel!

Wir haben das Gesetz zur **Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Ertüchtigung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds** abschließend beraten. Die Bürger und die Unternehmen brauchen spürbare Entlastungen. Die Union setzt sich für eine Gaspreisbremse ein. Wir arbeiten konstruktiv mit der Bundesregierung zusammen. Aber einen Blankoscheck werden wir nicht ausstellen. **Weiterhin ist völlig unklar, wie die Bundesregierung auf 200 Mrd. Euro kommt und wie sich diese konkret auf die einzelnen Maßnahmen verteilen.**
Der gewählte Finanzierungsweg widerspricht einer soliden Haushaltspolitik. Die Ampel hält an ihrer Strategie fest, in Krisenjahren übermäßige Haushaltspolster anzulegen, um diese dann in den Folgejahren zu nutzen. An der Verfassungsmäßigkeit dieses Vorgehens bestehen erhebliche Zweifel.
Aus diesem Grund werden wir dem Gesetz nicht zustimmen.

Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts: Der migrationspolitische Sonderweg in Europa muss sofort beenden.

In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen und hat seit August/September nochmals deutlich zugenommen. Von Januar bis August 2022 wurden in Deutschland 132.600 Asylanträge gestellt (115.400 Erstanträge, 17.200 Folgeanträge).
Das sind 35,4 % mehr als im Vorjahr. Diese Zahlen enthalten noch nicht die Aufnahmen von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, denn diese durchlaufen kein Asylverfahren. Wenn die Bundesregierung nicht bald ein Konzept findet, stehen wir vor einer Migrationskrise.
Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen. **Mit unserem Leitantrag in dieser Woche fordern wir deshalb: Die Bundesregierung muss ihren migrationspolitischen Sonderweg in Europa beenden.** Sie muss die Pläne für das „Chancen-Aufenthaltsrecht" und weitere Migrationspakete aufgeben.
Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben. Die dramatische Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden.

Die von der Ampel geplanten Regelungen sind aus mehreren Gründen falsch: Sie entwerten das Asylverfahren und machen den Spurwechsel zum Regelfall. Auch Mitwirkungsverweigerer und Identitätstäuscher bekommen künftig ihr „Chancen-Aufenthaltsrecht", und das auch ohne Integration in den Arbeitsmarkt.
In der aktuellen Situation muss die Ampel ein klares Stopp-Signal gegen irreguläre Migration senden. Stattdessen setzt sie den fatalen deutschen Sonderweg fort und schafft zusätzliche Anreize für mehr irreguläre Migration nach Deutschland. Die Botschaft ist: Egal ob ein Asylgrund besteht, egal ob jemand berufliche Qualifikationen hat – am Ende darf jeder in Deutschland bleiben.
Der Konsens in der Mitte unserer Gesellschaft lautete bisher:
Wir sind großzügig gegenüber Schutzbedürftigen und fördern qualifizierte Migration. Wer aber keinen Schutzgrund hat und ausreisepflichtig ist, muss unser Land verlassen. Die Ampel hat sich von diesem Konsens verabschiedet.

Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Die Bundesregierung hat Studenten und Fachschüler in der aktuellen Krise bisher im Regen stehen lassen. Zuerst wurden sie schlicht vergessen. Dann wurde mit dem Entlastungspaket III zwar eine Einmalzahlung von 200 Euro zugesagt, die Abwicklung zieht sich aber weiter hin. Mit unserem Antrag **Studenten und Fachschüler jetzt in der Krise unterstützen – 200 Euro Zuschuss zügig auszahlen** erhöhen wir den Druck auf die Bundesregierung, endlich zu handeln. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die Auszahlung an sog. Schein-Studenten zu unterbinden.

In unserem Antrag **Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika** stellen wir fest: Russlands Einfluss in Afrika hat über die letzten Jahre signifikant zugenommen. Durch „Guerilla Geopolitics" schafft Russland, mit wenig Einsatz hohe politische und wirtschaftliche Erträge zu erzielen. So schafft es der Kreml, eine direkte Einmischung zu verleugnen und Sanktionen zu umgehen. Diese Entwicklung ist ein Problem für deutsche und europäische Interessen vor Ort. Bisher hat die Bundesregierung es nicht geschafft, eine klare und umfassende strategische Antwort auf dieses Dilemma auf unserem Nachbarkontinent zu geben.

Mit unserem Antrag **Expertenkreis Politischer Islamismus im Bundesministerium des Innern und für Heimat weiterführen** fordern wir die Bundesregierung auf, den Expertenkreis Politischer Islamismus im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) nicht aufzulösen. Der Expertenkreis hat die Aufgabe, verschiedene Aspekte des politischen Islamismus auszuleuchten und das BMI zu beraten.

ERGEBNISSE DER VORANGEGANGENEN SITZUNGSWOCHEN IN BERLIN

Wir brauchen eine aktivere Rohstoffpolitik, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Mit unserem Antrag **Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken** fordern wir die Bundesregierung auf, jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Rohstoffen ist vor allem für unsere gewerbliche Wirtschaft von existenzieller Bedeutung.

Entlastungspaket III: 2./3. Lesung

Gesetz zur Änderung des Heizkostenzuschussgesetzes und des Elften Buches Sozialgesetzbuch sowie das Gesetz zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende und zur Erweiterung des Übergangsbereichs. Für die Übergangszeit in der Heizperiode bis Januar 2023 wird die Bundesregierung eine weitere Einmalzahlung (Heizkostenzuschuss II) auf den Weg bringen – insbesondere für Wohngeldempfänger. Rentner und Versorgungsempfänger sollen darüber hinaus ebenfalls von einer Einmalzahlung zum Energiepreisausgleich profitieren.

Dem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland widmen wir uns mit unserem Antrag **Fach- und Arbeitskräfte mit zielgerichteten Maßnahmen im Inland gewinnen**. Seit einigen Jahren steigt in Deutschland der Fach- und Arbeitskräftemangel. Stand heute sind 1,93 Millionen offene Stellen gemeldet. Besonders betroffen sind bislang Berufe in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Bildung, Handwerk, Gastronomie und Hotellerie, IT, Metall und Elektro, Transport und Verkehr sowie Kulturwirtschaft. Es ist absehbar, dass dieses Problem in den kommenden Jahren zusätzlich an Schärfe und Breite gewinnen wird, mit entsprechenden negativen Konsequenzen für das Wachstumspotenzial und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. Der politische Handlungsdruck ist hoch. In unserem Antrag schlagen wir deshalb eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften im Inland zu stärken.

Die Einführung des Bürgergeldes

Die Regelsätze des SGB II sollen über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden, zudem wird u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht. Wir finden: Das Bürgergeldgesetz steht für verwalten, nicht für aktivieren. Es setzt die falschen Schwerpunkte. Das SGB II und das mit ihm eingeführte Prinzip des Förderns und Forderns haben sich hingegen bewährt. Wir wollen die Hilfen für Arbeitslose in der Grundsicherung optimieren. Unser Fokus liegt auf dem Fördern von Menschen und der Vermittlung in Arbeit. Denn nur mit der Aufnahme einer dauerhaften Erwerbstätigkeit kann Hilfebedürftigkeit dauerhaft und nachhaltig beendet werden. Deshalb wollen wir mit einem Maßnahmenpaket aus verbesserter Vermittlung und intensiverer Betreuung sowie Strukturverbesserungen dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich schnell und nachhaltig in Arbeit vermittelt werden.

Darüber hinaus haben wir uns mit weiteren Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise beschäftigt: Mit dem **Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes zur Verlängerung des sogenannten Spitzenausgleichs und dem Gesetz zu Herkunftsnachweisen für Gas, Wasserstoff, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien und zur Änderung der Fernwärme- oder Fernkälte-Verbrauchserfassungs- und -Abrechnungsverordnung**.

UNTERWEGS IM WAHLKREIS

Zu Gast bei Bürsten Haug in Königsbrunn. Hier produziert ein Familienunternehmen mit 100 Arbeitsplätzen Bürsten. Ein gutes Gespräch über Energiekosten und die Bedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft.
Hier ist Unterstützung wichtig.

Die Deutschen Meisterschaften der Junioren in der Sportakrobatik fanden Anfang Oktober in Augsburg statt. Mit einem Grußwort durfte ich diese eröffnen. Vielen Dank dem Sportakrobatikverein Augsburg-Hochzoll für die Organisation. Es ist immer etwas besonderes, nationale Meisterschaften in Augsburg zu wissen.

VERANSTALTUNGSHINWEISE

AUF EIN WORT
REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG: WARBURG STEUERSKANDAL

Bei sogenannten Cum-Ex Geschäften haben Banken im Dreiecksverhältnis Aktien um den Dividendenstichtag gehandelt. Ziel dieser Geschäfte war allein die Erstattung von Kapitalerstragsteuer, die niemals gezahlt wurde. Cum-Ex Geschäfte im übertragenen Sinn sind wie die Einreichung von Reisekosten für eine niemals durchgeführte Reise. Die Übernahme von politischer Verantwortung dafür ist bis heute ungeklärt.

Wir haben staatspolitisches Interesse daran, dass in Krisenzeiten unser Land durch sachlich richtige und moralisch gefestigte politische Führung regiert wird. Die Bitte geht an den Bundeskanzler: Geben Sie der Transparenz und der Aufklärung den Vorzug gegenüber Erinnerungslücken und Vergessen.

Die Rede hören Sie auf:
www.facebook.com/ullrich.volker/videos/3328488100707365

IMRPESSUM
Herausgeber: Dr. Volker Ullrich, MdB
Heilig-Kreuz-Straße 24, 86152 Augsburg
Telefon: 0821 5047 9440
volker.ullrich.wk@bundestag.de
www.volker-ullrich.de